

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

27.4.1928 (No. 99)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Kneub,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 RM, einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Weltbund für internationale Freundschaftsarbeit

Die Heidelberger Tagung

Donnerstag vormittag begann in Heidelberg die auf drei Tage berechnete Zusammenkunft des Weltbundes der internationalen Freundschaftsarbeit der Kirchen, und zwar des deutschen Zweiges, unter Beteiligung zahlreicher namhafter Vertreter des Auslandes.

Nach einem Gottesdienst in der Peterskirche versammelten sich die Teilnehmer in der Aula der Universität zu der Eröffnungssitzung. Dabei waren auch die Regierung, die Universität und die Stadt Heidelberg vertreten. Der Tagungsleiter eröffnete die Versammlung, und wies auf die Bestrebungen der Vereinigung hin. Hierbei entbot der Rektor der Universität, Professor Dr. Diehl, die Willkommengröße der Universität. Er eröffnete dann die Tagung und wünschte ihr einen guten Verlauf.

Der frühere Botschafter, Graf Bernstorff, erstattete das erste Referat, das die Abrüstungsfrage zum Gegenstand hatte. Der Redner, der bisher auf jede Außerung über die Geister Abrüstungsverhandlungen vom Februar d. J. verzichtet hatte, führte u. a. aus:

Über die Abrüstungsfrage kann heute in Deutschland keine Meinungsverschiedenheit mehr bestehen. Die völkerrechtliche Lage der Frage geht auf Wilson zurück, der im Jahre 1918 erklärte, der Weltkrieg dürfe nur mit einer allgemeinen Abrüstung endigen. Diese wird in den bekannten 14 Punkten soweit gefordert, als sie unter Wahrung der inneren Sicherheit der Länder möglich sei. Tatsächlich kommt diese Forderung einer vollkommenen Abrüstung gleich. Die heutige Basis für die deutsche Abrüstungsforderung bildet der Versailleser Vertrag. Es ist Deutschland einwandfrei bezeugt worden, daß es seine Abrüstung vollkommen durchgeführt hat. Die deutsche Forderung auf Abrüstung der anderen Länder leitet sich ebenso einwandfrei aus dem Versailleser Vertrag ab. Es ist auch anerkannt worden, daß durch Locarno eine so große Sicherheit erreicht ist, daß auch die Voraussetzung zur fortschreitenden Abrüstung der anderen Länder gegeben ist. In der zweimonatigen Tagung der Abrüstungskommission traten die großen Schwierigkeiten, die noch zu überwinden sind, zutage. Sie beziehen sich auf die Behandlung der Reserven, das Budget des Kriegsmaterials und anderes mehr. Einer Kontrolle der Staaten über bakteriologische Rüstungen bedarf es nicht. Geheime Rüstungen sind bei der heutigen Struktur unseres Wirtschaftslebens unmöglich. Eine allgemeine sofortige Abrüstung, wie sie die Ruffen verlangen, ist jedoch nach der heutigen Lage unmöglich.

Eine große öffentliche Kundgebung in der überfüllten Heidelberger Stadthalle erweiterte das Beratungsthema auf die grundsätzliche Stellung der Kirche zum Kampf und Krieg überhaupt. Stadtpfarrer Maß von Heidelberg knüpfte in seinem Begrüßungswort an die Friedensarbeit der Heidelberger Theologen in den vergangenen Jahrhunderten an. Staatspräsident a. D. Professor Dr. Delphus erinnerte an das christliche Ideal des absoluten Verzichts auf jede Gegenwehr. Wenn es nicht möglich ist, Kampf und Krieg aus der Welt zu schaffen, so sei es doch die Pflicht der Kirchen, zur Veredelung dieses Kampfes beizutragen. Der Wahllampf biete gegenwärtig hierzu Gelegenheit. Die Kirchen sollten sich für die Veredelung des Kampfes in jeder Form einsetzen. Jedenfalls sollte es ausgeschlossen sein, daß die Kirchen den Krieg verherrlichen. Dann sprach als Vertreter der Schweiz Professor D. Keller, Genf. Er stellte in die Tagung die Weltmission des amerikanischen Abrüstungsvorschlages hinein und forderte, daß die Kirchen ihren Einfluß den Regierungen gegenüber zur Geltung brächten. Professor Dr. Briem, Lund, überbrachte Grüße des an der Teilnahme verhinderten Erzbischofs Dr. Söderblom aus Upsala. Der Berliner Universitätsprofessor Dr. Sigmund Schultze stellte die Gedankengänge der Redner zusammen und gab einen Überblick über die große Wandlung, die sich innerhalb der Kirchen im letzten Jahrzehnt in der Behandlung der Kriegs- und Friedensfrage vollzogen hat.

Im Landtag von Thüringen entstand am Donnerstag bei Erwähnung der Genehmigung der neunstündigen Arbeitszeit im Tiefbaugewerbe ein Mißverständnis zwischen dem Minister des Innern, Dr. Paulsen, und den Kommunisten. Der Abg. Schulze (Komm.) rief dem Minister zu: „Es ist in Thüringen nicht erlaubt, daß ein Minister so dumm ist!“ Staatsminister Dr. Paulsen verließ darauf den Saal, nachdem er erklärt hatte, daß er nicht den nötigen Schutz gegen derartige Beschimpfungen genieße. Die Regierungsparteien folgten seinem Beispiel. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde darauf die Sitzung unterbrochen und der Altpräsident einberufen.

Abgelehntes Mißtrauensvotum in Sachsen. Der Sächsische Landtag lehnte am Donnerstag ein sozialdemokratisches Mißtrauensvotum gegen den Ministerpräsidenten Helldorf in namentlicher Abstimmung mit 47 gegen 45 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab. Ein kommunistischer Antrag auf Stellungnahme gegen das Verbot des Noten-Frontkämpferbundes durch den Reichsminister des Innern wurde dem Rechtsausschuß überwiesen.

Die Seelhilfe in den Berliner städtischen Krankenhäusern. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung gab es eine stundenlange Aussprache über die Seelhilfe in den städtischen Krankenhäusern, an der sich auch Oberbürgermeister Böh und Stadtmedizinalrat Drigalski beteiligten. Die Vorkommnisse sind beschloß, daß gemeinsamer Gottesdienst in den städtischen Anstalten nicht abgehalten werden darf. Die Seelhilfe soll aber auf Wunsch jedem Patienten gewährt werden.

Letzte Nachrichten

Vor der Entscheidung in Frankreich Beränderungen im Kabinett

M. Berlin, 27. April (Priv.-Tel.) Die gestern ausgegebene Nachricht über eine Besserung im Befinden Briand's wird — nach einer Meldung aus Paris — in den dortigen politischen Kreisen nicht gelaubt. Ein Blatt behauptet, daß es sich um eine schwere Lungenentzündung und eine Bluterkrankung handle, die Briand, auch wenn er durchsichtige, wahrscheinlich verhindern werde, das Außenministerium beizubehalten. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, daß eine vollkommene Umgestaltung des Kabinetts für möglich gehalten wird.

Außer dem Arbeitsminister Fallières, der ausscheiden muß, weil er nicht gewählt worden ist, wird auch Bokanowski nicht wieder Handelsminister. Nach einer Meldung des „Populaire“ hat sich Poincaré bereits von ihm getrennt, weil seine Haltung bei den Handelsvertragsverhandlungen, namentlich mit Deutschland, außerordentlich erschwerend war. Wenn ein Blatt im Gegensatz zur „Humanité“ behauptet, daß Poincaré das Finanzministerium beibehalten und das Außenministerium entweder Tardieu oder Perrier anbieten werde, so bestreitet es das, was die Pariser Morgenblätter heute früh andeuten, daß nämlich Poincaré gar nicht unglücklich darüber sein würde, daß der Sonntag voraussichtlich die Linke seiner künftigen Regierungsmehrheit erheblich verstärkt. Er wünscht im Gegenteil einen leichten Abrutsch nach der Linken, um sich von Marin zu trennen. Unter der Führung von Poincaré hat sich eine vereinigte republikanische Partei gegründet, deren Programm als ungefähr liberal bezeichnet werden kann. Zu ihr sind bereits 12 Leute von Marin übergetreten, und man erwartet, daß sie von der rechten Seite eine bedeutende Stärkung erfahren wird.

Die „Volonté“ behauptet sogar, das Kabinett werde überhaupt zurücktreten müssen wegen der schweren Niederlage, die ihm im Elsaß bevorstehe. Inzwischen haben die Kommunisten zugunsten der Autonomisten verzichtet, so daß bei den Stichwahlen mit der Wahl von ungefähr 10 Autonomisten zu rechnen ist, die vom Elsaß in das Pariser Parlament entsandt werden. Das ist der schärfste Protest gegen die Unterdrückungsmassnahmen, für die namentlich Poincaré selbst verantwortlich ist.

W.W. Paris, 27. April. (Tel.) Der frühere Präsident der Republik, Millerand, erklärt heute im „Avenir“ einen Aufruf zum Zusammenschluß der Nationalen Republikaner gegen die Radikalen, Sozialisten und Kommunisten. In dem Aufruf heißt es: Das Wiederauftreten des Kartells der Linken würde den Zusammenbruch des Frankens bedeuten und die Rückkehr zu dem Regime, das durch seine eigenen Fehler im Juli 1926 zusammengebrochen ist.

Vertrauensvotum für die britische Regierung

W.W. London, 27. April. (Tel.) Im Unterhaus begründete gestern Kolonialstaatssekretär Amery auf eine von MacDonald geleitete Kritik hin, die Aufhebung der Einschränkungsbestimmungen für die Gummiausfuhr, für die die Regierung die Verantwortung übernehme. Darauf erklärte sich das Unterhaus mit 194 gegen 94 Stimmen mit der Maßnahme der Regierung einverstanden.

Die Tanagerverhandlungen

W.W. Paris, 27. April. (Tel.) Gestern nachmittags haben die französischen, englischen, spanischen und italienischen Sachverständigen die Prüfung der Forderungen der italienischen Regierung hinsichtlich der Veränderungen des Tanagerstatus vorgenommen. — Der „Matin“ schreibt, man könne erklären, daß es zwar richtig sei, daß die italienischen Forderungen geographisch nicht aus dem Rahmen von Tanager herausträten, daß sie jedoch indirekt gewisse Fragen aufwerfen, die von Paris und Madrid als durch die früheren Verträge endgültig gelöst angesehen werden.

Aufbesserung der Beamtenbezüge in der Tschechoslowakei

W.W. Prag, 27. April. (Tel.) Arbeitsminister Spina unterbreitete in der gestrigen Sitzung des Ministeriums gemäß seinem den Vertretern der Staatsangestelltenverbände gegebenen Versprechen den Antrag, den Staatsangestellten in diesem Jahre anlässlich des zehnjährigen Staatsjubiläums eine Verbesserung ihrer Dienstbezüge zu gewähren. Der Ministerialrat beauftragte ein Drei-Ministerkollegium mit der Ausarbeitung eines konkreten Entwurfs sowie mit entsprechenden Dedungsvorschlägen.

Der italienische Staatshaushalt weist Ende März einen Einnaufschuß von 123 Millionen Lire auf.

Wirtschaftliche Umschau

Der Kohlenpreis — Stilllegungen und Exporteinschränkungen — Reform des Kohlenyndikats? — Die Antileihpolitik der Gemeinden

Das Reichsarbeitsministerium hat den Schiedsspruch für das Ruhrgebiet für verbindlich erklärt, trotzdem dadurch Kohlenpreiserhöhung, Stilllegungen und Verringerung des deutschen Kohlenexports drohen, da man noch ein größeres Übel, einen Arbeitskampf im Ruhrkohlengebiet zum 1. Mai befürchtete. Die Zechen haben bereits mit dem Antrag auf Preiserhöhung geantwortet. Der Antrag wird zu Beginn der kommenden Woche den Reichskohlenrat und Reichskohlenverband beschäftigen, freilich auch das Reichswirtschaftsministerium, auf dem nun das Schwergewicht der Verantwortung liegt. Von der Einleitung eines neuen Schlichtungsverfahrens, wie seinerzeit bei dem Lohnkampf in der mitteldeutschen Metallindustrie, dessen Ziel ja die Revision des Schiedsspruchs zu ungunsten der Arbeitnehmer gewesen wäre, hat man in dieser Zeit vor den Wahlen abgesehen. Es sprachen also politische Gründe gegen volkswirtschaftliche Erwägungen hier mit.

Mit weiteren Stilllegungen ist nun zu rechnen, auch wenn der Antrag auf Preiserhöhung nicht durchdringen sollte, denn die Zechen wollen sich auf das Schmalenbach-Baade-Gutachten stützend, die weniger rentablen Betriebe abbauen. Die Folgen müssen sein: Arbeitslosigkeit, Verringerung der Produktion und des Exports. Bei einer Preiserhöhung wird dies noch deutlicher in Erscheinung treten. Man rechnet mit dem Protokollwerden von 50 000 bis 80 000 Arbeitern infolge von Stilllegungen von Zechen, Vordringen der englischen Kohle auch in das bisher unbestrittene Gebiet infolge der höheren deutschen Kohlenpreise und Verschlechterung der Handelsbilanz. Die Zechen — die vorerst nichts über die von ihnen gewünschte Preiserhöhung mitgeteilt haben — haben nun auch angekündigt, daß das Maß der Stilllegung sich nach der bewilligten Preiserhöhung richten werde. Die Exportverringerung, und damit auch die Stilllegung, müsse um so stärker sein, je geringer die Preise erhöht werden könnten. Stilllegungen in gewissem Umfang werden trotz ernster Folgen immer noch erträglich sein, als eine größere Belastung des deutschen Konsums, von deren Auswirkung man auch schon auf die Reichsbahntarife spricht. Von volkswirtschaftlichen Verlusten an das Ausland kann man kaum sprechen, da ja die Kohlen dorthin ohne genügenden Gegenwert gingen. Freilich darf nicht vergessen werden, daß die Kohlenlager in aufgegebenen Zechen endgültig verfallen, daß auch bei einer internationalen Verständigung und dann bei der Festlegung der künftigen deutschen Quoten ein jetziger Rückzug von den Auslandsmärkten für Deutschland nicht günstig ist.

Bekanntlich sind seit langem die Verhältnisse auf dem internationalen Kohlenmarkt geradezu unhaltbar. Die Kohlenkrise umfaßt nicht nur Deutschland, sondern ebenso England und das ganz besonders fruchtungsünstige Polen. Schon in der Vorkriegszeit strebte man eine internationale Verständigung an, die aber bisher vor allem an der mangelhaften, nun aber doch einen wichtigen Schritt vorwärts gekommenen Zusammenfassung der englischen Kohlenproduktion scheiterte. Bisher hat der deutsche Kohlenexport unter Verlusten seine Stellung im Ausland und im bestrittenen Gebiet aufrechtzuerhalten versucht, und die Kosten der Verschleuderung der deutschen Kohlenschätze an das Ausland tragen die deutschen Verbraucher und Weiterverarbeiter mit höheren Inlandskohlenpreisen. Auch neue Preiserhöhungen wären nur in dem sog. unbestrittenen Absatzgebiet im Inland durchführbar und belasten so ganz besonders die deutsche Volkswirtschaft. Von internationalen Abmachungen, um die sich ja auch die Staaten kümmern werden, hätte die deutsche Volkswirtschaft kaum etwas zu befürchten, da die Konkurrenzunterbietungen in den kohlenarmen Ländern aufhören und auch dort zum Nutzen des deutschen Inlandskonsums angemessene Preise bezahlt werden müßten.

Übrigens wird jetzt eine Reform des auf geschlicher Grundlage im Interesse der Gesamtheit errichteten Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats befürwortet. Wollte man jetzt dem Reichswirtschaftsministerium die Verantwortung für die deutsche Kohlenwirtschaft zuschieben, so müßte man ihm auch Rechte auf die Betriebsführung des Syndikats einräumen. Die Renten der

einzelnen Bergwerke differieren außerordentlich, und dies könne dem Gesamtbergbau und der deutschen Kohlenwirtschaft nutzbar gemacht werden. Entweder werde die Umlageerhebung reformiert dadurch, daß die rentablen Betriebe stärker belastet werden, oder es werden nach der Rentabilität der Zechen gestaffelte Berechnungspreise zwischen Mitgliedern und Syndikat eingeführt. Man müsse erforderlichenfalls zu einer Reform der Syndikatsgesetzgebung schreiten.

Anderer Vorschläge gehen dahin, in radikaler Änderung der Struktur der heutigen Kohlenwirtschaft jegliche Zwangswirtschaft zu beseitigen. Es werde sich dann bald klar entscheiden, welche Zechen rentabel genug sind um fortzistieren zu können, wahrscheinlich mehr, als jetzt beim Festhalten an dem bisherigen Kampfsystem für das bestrittene Gebiet; denn es würde dann die empfindliche Belastung mit der Umlage fortfallen und manche Zechen einen größeren Spielraum haben. Zugabe wird allerdings, daß auf jeden Fall mit Gebietsverlusten im strittigen Gebiet an die Auslandskonkurrenz zu rechnen sei. Es hätten jedoch rentable und geographisch günstiger gelegene Zechen hier Möglichkeiten, sich durchzusetzen.

Der Weg für die Gemeinden zu Auslandsanleihen scheint nun frei zu werden. Zwar sind sich die Beratungsstellen beim Reichsfinanzministerium, der Städtetag sowie der deutsche Sparkassen- und Giroverband noch nicht über die Gesamthöhe der den Städten zu bewilligenden Auslandsanleihen einig geworden, doch denkt man jetzt daran, vorläufig den Städten eine Sammelanleihe von etwa 100 Millionen Reichsmark (25 Mill. Dollar), also einen Teil der endgültig zu genehmigenden Summen zuzugestehen. Man rechnet mit der Bewilligung dieser Summe in der kommenden Woche.

Der Geldmangel der Gemeinden hat bekanntlich infolge der Verschließung des Auslandsmarkts zu zahlreichen kommunalen Inlandsanleihen geführt, die als kurzfristige Zwischenanleihen gedacht sind, bis eben Auslandsgelder zu erhalten sind. An ihnen hat sich übrigens auch das Ausland beteiligt. Auch diese Anleihen stoßen auf Bedenken beim Reichsfinanzministerium, weil durch sie zum Teil eine Umgehung der Bestimmungen für Auslandsanleihen erfolgt und sie teilweise für Zwecke verwendet werden, für die Auslandsanleihen ausgeschlossen sind. Das Reichsfinanzministerium sucht deshalb bei den Länderregierungen auf eine Drosselung solcher Kapitalaufnahmen hinzuwirken.

Außenpolitische Erklärungen Chamberlains

In einer Rede auf dem Jahresessen der englisch-französischen Gesellschaft in Birmingham sagte der englische Außenminister Chamberlain u. a.: Die Freundschaft zwischen Frankreich und England bilde die Grundlage, auf der bessere Beziehungen zwischen den europäischen Nationen und insbesondere bessere Beziehungen der beiden genannten Nationen zu Deutschland in den letzten vier Jahren begründet wurden. Ich bin der festen Überzeugung, daß die Freundschaft zwischen Frankreich und Großbritannien ein wesentlicher Faktor für den Weltfrieden ist. Nicht allein die Interessen der beiden Nationen machen eine engere Freundschaft und ein herzliches Einverständnis zur Pflicht, vielmehr war dies die einzige Verbindung, unter der die Feindschaften, die in jüngster Zeit Europa zersplitterten, im Verlauf der Zeit beseitigt werden können und unter der ein neues Europa errichtet werden kann, mit der Sicherheit gegen eine Wiederholung dessen, was es durchgemacht hatte. Nichts hat mich bei den Unterhaltungen in Locarno mehr erfreut, als die Gelegenheit, wo ich einem von Deutschlands hervorragendsten Vertretern gegenüber der Hoffnung Ausdruck verlieh, daß im Laufe der Zeit die dort unternommenen Schritte zu einer wirklichen Freundschaft zwischen denen führen möchte, die erst kürzlich in Waffen einander gegenübergestanden hatten. Um jedoch kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, fügte ich damals hinzu: Eine Erzählung wird nicht annehmen, daß ich eine alte Freundschaft zu opfern gedanke, um eine neue Freundschaft zu gewinnen. Der deutsche Vertreter erwiderte mir, niemand werde ihn solcher Gedanken verdächtigen, und fügte hinzu, die Deutschen würden dies auch gar nicht wünschen, denn wir sehen in Ihrer Freundschaft die Sicherheit für unser eigenes Volk.

Zum Vortragsvortrag Kelloggs äußerte sich Chamberlain dahin, daß jeder Friedensvorschlag dieser Art von der englischen Regierung mit bereitwilligster Aufmerksamkeit und besonderer Gunst aufgenommen werde. Jeder Vorschlag, den Krieg aus den Mitteln, die den Nationen zur Verfügung stehen, auszuschießen, verlange die sorgfältigste Beachtung und ein solcher Vorschlag von einer Nation, die sich bisher abseits von diesen Fragen hielt, sei zu wertvoll, um nicht günstig aufgenommen zu werden.

Das Verbot des Rotfrontbundes. Zu Blättermeldungen über eine für den 2. Mai angelegte Verhandlung wegen des Rotfrontverbotes vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts ist festzustellen, daß zu dem genannten Termin keine öffentliche Verhandlung, sondern lediglich eine interne Besprechung innerhalb des Senats stattfand.

Abschiedessen für den afghanischen König. Reichsaussenminister Dr. Stresemann gab am Donnerstagabend in Berlin ein Abschiedessen für das afghanische Königspaar. König Aman-Alla wird am 13. Mai in der Sowjetunion eintreffen und nach siebenwöchigem Aufenthalt in Moskau sich nach der Krim begeben, von wo aus er nach der Türkei reisen wird.

Zur Lohnbewegung in Hamburger Häfen. Der von der Schlichterkammer gefällte Schiedsspruch über die Hafnarbeiterlöhne ist von den Arbeitgebern abgelehnt und von den Arbeitnehmern angenommen worden.

Der Konflikt in der sächsischen Metallindustrie. Die Berliner Verhandlungen im Konflikt der sächsischen Metallindustrie sind ergebnislos abgebrochen worden.

Abschaffung der türkischen Ziffern. Eine Gruppe von türkischen Abgeordneten wird demnächst der Nationalversammlung den Antrag vorlegen, vom Juni d. J. ab die türkischen Ziffern durch die im Westen gebräuchlichen sogenannten arabischen Ziffern zu ersetzen. Diese Reform bedeutet den ersten Schritt zur Annahme des lateinischen Alphabets.

Zur Sprengung der Münchener Stresemann-Verammlung

Die Münchener Blätter nehmen in schärfster Weise gegen die nationalsozialistische Versammlungssprengung Stellung. Die „Münchener Zeitung“ stellt fest, daß Dr. Stresemann durch die in der Versammlung hervortretende Opposition in eine Polemik gegen Anschauungen und Empfindungen verwickelt wurde, die ein Politiker und Staatsmann wie Stresemann für minderwertig halten müsse und die auch tatsächlich heute für die politische Stimmung in München nicht mehr bedeutungsvoll seien. Am Abstimmungstage würden die paar Tausend Anhänger, die Adolf Hitler noch geblieben sind, wesentlich weniger ins Gewicht fallen. Zu der Rede Dr. Stresemanns selbst erklärt das Blatt u. a., daß die fähle Unverbindlichkeit und Mehrdeutigkeit der dem Verhältnis von Bayern und Reich gewidmeten Worte enttäuscht habe. Seine Gedanken über außenpolitische Dinge habe Dr. Stresemann glücklicher entwickelt.

Die sozialdemokratische „Münchener Post“ gibt ihrem Bericht die Überschriften „Die Stresemann-Versammlung von Hitlerbuben gesprengt.“ — Eine Schande für Bayern und wendet sich gegen die Polizei, die nicht in der Lage gewesen sei, einem Minister Gehör zu verschaffen und die planmäßig vorbereitete Störung der Versammlung zu verhindern. Gegen das räpelhafte Verhalten der Hitlerbuben, so schreibt das Blatt, erheben wir schärfsten Protest. Im übrigen erklärt das sozialdemokratische Organ, die Versammlung habe mit aller Deutlichkeit bewiesen, daß eine Organisation wie das Reichsbanner unbedingt notwendig sei.

Flug der Bremenbesatzung nach Washington

Die deutschen Ozeanflieger, die, wie gemeldet, am Donnerstag morgen mit dem dreimotorigen Fockflugzeug von Greenly Island abgehoben sind, sind in Lake St. Agnes (Murray Bay), nördlich Quebec) gelandet. Das Flugzeug wurde von dem Flieger Balchen gesteuert. Die Landung in St. Agnes diente der Ergänzung des Brennstoffs und der Umladung der Ausrüstung des Fockflugzeugs. Infolge eines Verfehlers hatte die „Bremen“ keine Schneefuß erhalten. Dieser Umstand in Verbindung mit der Feststellung eines Motordefekts und mit dem eingetretenen Tauwetter bestimmte die Flieger, die „Bremen“ zurückzulassen. Nach der Eismelze wird die „Bremen“ durch einen Dampfer abgeholt werden.

W.D. Lake St. Agnes, 27. April (Tel.) Das Fockflugzeug mit Köhl, Finkmaurice und von Günefeld wird am Freitag früh um 8 Uhr (amerikanische Zeit) starten und unmittelbar nach Washington fliegen, um dem Andenken des verstorbenen Fliegers Bennett eine Huldigung darzubringen. Das Flugzeug wird von Balchen geführt werden. Auf dem Flugplatz Hartford (Connecticut) Brainardfield traf die Nachricht ein, daß das Fock-Flugzeug heute hier für einige Minuten landen werde, um Benzol einzunehmen, und dann nach Washington weiterfliegen werde.

W.D. Washington, 27. April. (Tel.) Die „Bremen“-Flieger werden zur Begrüßung Bennetts um 3 Uhr nachm. erwartet. Die reine Flugzeit von Lake St. Agnes beträgt etwa 9 Stunden. v. Günefeld erklärte, daß die von der „Bremen“ mitgenommenen Flaggen der Vereinigten Staaten, des Freireichslandes, Deutschlands, des Norddeutschen Lloyd und der Papag am Grabe Bennetts niedergelegt werden würden. Man nimmt an, daß die Flieger bis Samstag in Washington bleiben und von dort am Nachmittag in Mitchellfield bei New York eintreffen werden. Bei dem gestrigen Empfang in Lake St. Agnes war auch der deutsche Generalkonsul Kempff anwesend. Abbe Savard von der Pfarrei Maley begrüßte die Flieger, worauf v. Günefeld antwortete und für die freundliche Aufnahme dankte.

Durch eine dem amerikanischen Senat zugegangene Vorlage soll Präsident Coolidge ermächtigt werden, das höchste amerikanische Fliegerkreuzzeichen den „Bremen“-Fliegern und den Fliegern de Coste, Le Briz und de Pinedo zu verleihen.

Das Befinden Rissubskis. Im Gegensatz zu kürzlichen Meldungen, monach Rissubski binnen kürzester Zeit das Krankenhaus verlassen würde, erklärt der Wartschauer „Bezeglond Wiczorny“, daß der Marschall, obgleich sein Gesundheitszustand gut sei, noch weiterhin im Krankenhaus verbleibe. Zu erwähnen ist, daß in der Stadt Gerüchte über eine erstere Erkrankung des Marschalls, die aber der Öffentlichkeit verschwiegen würde, verbreitet sind.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes ist in Genf unter dem Vorsitz seines Präsidenten zu seiner 39. Tagung zusammengetreten.

Der amerikanische Marineetat angenommen. Der amerikanische Senat lehnte einen Zusatzantrag zur Marineetatvorlage ab, der die Zurückziehung der amerikanischen Marinestreitkräfte aus Nicaragua bis zum 1. Februar nächsten Jahres forderte. Darauf nahm der Senat die Marinevorlage an.

Verschiedenes

Schweres Grubenunglück

W.D. Gelsenkirchen, 17. April. Auf der Zeche „Holland II“ ereignete sich heute aus noch unbekannter Ursache eine Explosion, durch die ein Steiger und zwei Bergleute den Tod fanden. Ein weiterer Bergmann wurde schwer und drei leichter verletzt.

Noch kein Abflug der „Italia“

Im Gegensatz zu den Nachrichten, daß General Nobile schon Ende dieser Woche nach Spitzbergen von Stolp abfliegen werde, ist festzustellen, daß der Abflug nicht vor der ersten Maiwoche stattfinden wird, aus dem einfachen Grunde, weil das Luftschiff „Italia“ nicht abfliegen kann bis das Schiff „Citta di Milano“ in der Kingsbay in Spitzbergen eingetroffen ist. Da jetzt aber das Eis das Antommen des Schiffes in Kingsbay vor dem ersten Maiwoche sehr unwahrscheinlich macht, so ist mit dem Abflug der „Italia“ in den nächsten Tagen nicht zu rechnen. — Der Führer des italienischen Polarluftschiffes, General Nobile, wurde am Donnerstag in Berlin vom Reichspräsidenten empfangen. Im Laufe der längeren Unterhaltung sprach General Nobile dem Herrn Reichspräsidenten seinen Dank für die Unterstützung und den Empfang aus, den er und sein Luftschiff in Deutschland gefunden haben. Der Reichspräsident beglückwünschte General Nobile zu seinem bisherigen großen Erfolg und gab in herzlichen Worten der zuverlässigen Erwartung Ausdruck, daß auch sein Nordpolfahrt von Gelingen und Erfolg gekrönt sein werde. Dem Empfang wohnten der Rgl. italienische Botschafter, Conte Aldrovandi Marzocotti sowie Staatssekretär Meißner bei.

Ein französischer Ozeanflug

Das Wasserflugzeug „Lutham“, mit dem zwei französische Flieger den Ozean überqueren wollen, unternahm am Donnerstag einen etwa 20stündigen Probeflug in der Richtung Paris—Marseille.

Badischer Teil

Badischer Landtag

28. Sitzung

D. J. Karlsruhe, 28. April.

Der Präsident gibt zu Beginn der Sitzung bekannt, daß ein demokratischer Antrag auf Erhöhung der Preisgrenze vom Gewerbesteuerertrag für die den freien Berufen nachstehenden Gewerbetreibenden eingegangen sei. Die Regierung solle eine entsprechende Novelle vorlegen.

Das Haus tritt dann in die Beratung des Landesjustizvollzugsengesetzes ein.

Zur allgemeinen Aussprache meldet sich nur der kommunistische Abg. Bred, der behauptet, daß seine Gruppe keine Möglichkeit habe, an dem Gesetz mitzuwirken. Dieses komme den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht entgegen. Die Kommunisten lehnten die Vorlage im ganzen ab und entließen sich bei den einzelnen Paragraphen der Stimme.

Auch der Abg. Hermann (Wirtsch. Vgg.) erklärt Stimm-enthaltung.

In der Einzelberatung nimmt Abg. Dr. Oelricher (D. Vp.) das Wort zum § 19. Die Deutsche Volkspartei habe sich im Ausschuss gegen die weitgehende Gebührensprengung der Religions- und Kirchengemeinschaften gewendet, da dem heute notwendigen Staat keine Entnahmen entgegen dürften. Dieser Standpunkt habe nicht mit Kirchenfeindlichkeit zu tun. Auch die Versicherungsträger könnten sehr wohl die Gebühren entrichten. Von Gegenanträgen sehe keine Fraktion angesichts der Mehrheitsverhältnisse ab. Man werde sich aber der Stimme enthalten.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Mayer-Heidelberg (Soz.) äußert sich Abg. Egeler (Ztr.) über die Rechtslage. Es handle sich nicht um gewinnbringende Unternehmungen, aber auch nicht um neue Vergünstigungen.

In der Abstimmung wird der neue Satz 7 zu § 19 (Gebührensprengung für die Versicherungsträger) bei 8 Stimmenthaltungen (Volkspartei und Abg. Hermann) angenommen. Der Gebührensprengung für die Religionsgemeinschaften (Satz 8 und 9) wird mit 88 gegen 3 kommunistische Stimmen zugestimmt, 18 Abgeordnete üben Stimm-enthaltung, darunter auch einige Sozialdemokraten.

Zum § 72 (Grundbuchfachen) begründet Abg. Hermann einen Antrag, den Absatz 1 dahin abzuändern, daß eine Gebührenerhöhung für die Eintragung des Eigentums an einem Grundstück um je 1 M pro 1000 M erst bei Werten über 100 000 M eintritt, statt 30 000 M, wie die Vorlage vorseht.

Justizminister Dr. Trunt weist darauf hin, daß der § 72 nichts neues bringe. Der Unterschied bestehe nur darin, daß früher die Gebührenerhöhung erst bei 10 000 M einsetzte, jetzt bei 30 000 M, und daß die Erhöhung pro 1000 M, statt bisher 2 M künftig nur 1 M betrage.

Abg. Dr. Oelricher (D. Vp.) unterstützt den Antrag Hermann. Dieser wird gegen die Stimmen der Bürgerlichen Vereinigung und Volkspartei, bei Stimm-enthaltung der Kommunisten abgelehnt.

Im übrigen werden alle Paragraphen der Vorlage in der Ausschussfassung angenommen.

Zur Gesamtabstimmung erklärt Präsident Dr. Baumgartner: Da ich sehe, daß das Haus beschlußfähig ist, ziehe ich den Antrag auf namentliche Abstimmung zurück (Große Heiterkeit). Sein Zweck ist erreicht. Das Gesetz wird darauf in erster und zweiter Lesung mit 55 gegen 3 Stimmen (Kommunisten) angenommen. 5 Abgeordnete der Bürgerlichen Vereinigung enthalten sich der Stimme.

Es folgen Anträge auf Vorwegbewilligung von Positionen des Staatsvoranschlags. Abg. Seubert (Ztr.) berichtet über den Antrag des Finanzministers auf Vorausgenehmigung von Mitteln für den Anschluß der Gebäude der Technischen Hochschule an das staatliche Fernheizwerk in Karlsruhe.

Das Haus stimmt einmütig zu. Abg. Wandert (D. Vp.) stellt als Berichterstatter den Antrag, zu genehmigen, daß von dem im Voranschlag des Finanzministeriums angeforderten 14 Millionen Reichsmark im voraus weitere 2 Millionen Reichsmark zur Fortsetzung der Instandsetzungsarbeiten an den Landstrassen verwendet werden dürfen.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Wirtsch. Vgg.) glaubt, ein Abweichen vom Landstrassenbauprogramm feststellen zu können. Dadurch sei die Pflastersteinindustrie fast zum Erliegen gekommen. So hätten am 7. April 1000 Arbeiter entlassen werden müssen (Zuruf des Abg. Dr. Wotner: Die Sache ist auch schon im Ausschuss behandelt worden).

Der Präsident bemerkt, daß Eingaben der interessierten Industrie und Arbeiterschaft vorliegen. Daran anknüpfend erklärt der Berichterstatter, daß sich noch reichlich Gelegenheit geben werde, zum ganzen Problem der Unterhaltung unserer Landstrassen Stellung zu nehmen. Es sei richtig, daß Abweichungen vom Programm vorgekommen sind.

Der Antrag des Haushaltsausschusses wird alsdann einstimmig angenommen. Abg. Weismann (Soz.) erstattet Bericht über den Antrag des Landtagspräsidenten auf Vorausgenehmigung des Vertrages von 11 200 M für Instandsetzung der Fassaden und des Hauptgesimses des Landtagsgebäudes.

Das Haus beschließt in diesem Sinne. Letzter Punkt der Tagesordnung ist die Erziehung für den wenige Tage nach seiner Wahl zum ehrenamtlichen Mitglied des Finanzgerichts tödlich verunglückten Maschinenfabrikanten Karl Stalzer in Achern.

Sie fällt einstimmig auf den vom Zentrum vorgeschlagenen Papiergroßhändler Karl Friedrich Guder in Achern. Präsident Dr. Baumgartner schießt im Hinblick auf die nun eintretende

längere Pause für die Wahlarbeit die Sitzung, mit der Bitte an die Abgeordneten, daß, soweit es an ihnen liege, der Wahlkampf so geführt wird, daß man sich beim Wiederaufammentritt freien Auges anbliden könne. Er wünscht nach den Wahlen noch einige Tage der Erholung, damit mit neuer Kraft an die wichtige Aufgabe der Voranschlagsberatung herangetreten werden kann. Der Termin der nächsten Sitzung wird durch den Präsidenten bestimmt.

Schluß der Nachmittags-sitzung gegen 6 Uhr.

Konsularische Vertretung Guatemalas. Nachdem das badische Staatsgebiet dem guatemaltequischen Konsularbezirk Wiesbaden angegliedert worden ist, wurde der dortige Konsul von Guatemala, Heinrich Boppel, zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen auch in Baden zugelassen.

Landeshynode. Der Präsident der ev. Landeshynode hat die Landeshynode auf Montag, den 30. April d. J., nach Karlsruhe einberufen.

Vollversammlung der Badischen Landwirtschaftskammer

Die 32. ordentliche Vollversammlung der Badischen Landwirtschaftskammer, die für Donnerstag und den heutigen Freitag anberaumt worden ist, wurde Donnerstag nachmittags 6 Uhr im Bürgerausschußsaal des Rathhauses zu Karlsruhe vom Präsidenten Dr. Graf Douglas mit einer Begrüßungsansprache eröffnet, in der er der im letzten Jahre verstorbenen Mitglieder gedachte. An der Gestaltung

des Notprogramms für die Landwirtschaft

habe die Kammer rege mitgearbeitet, und sich dafür eingesetzt, auch dieses Programm so zu gestalten, daß es auch für die badische Landwirtschaft Nutzen bringt. Dieses Programm reiche zwar nicht aus, um die Notlage der Landwirtschaft zu heben, aber es stelle einen ersten Versuch dar und bilde sozusagen das Fundament für die Maßnahmen der kommenden Reichsregierung. Die Badische Landwirtschaftskammer sei der Reichsregierung und besonders dem Landwirtschaftsminister dankbar, daß sie trotz aller Widerstände an diese Frage herantreten seien. Die Frage sei außerordentlich schwer zu lösen, müsse aber gelöst werden, und zwar für eine lange Zeit.

Als Vertreter der badischen Regierung übermittelte Oberregierungsrat Kronberger die Wünsche des Staatsministeriums für erfolgreiche Arbeit der Tagung. Der Staatspräsident, der durch die Landtagsberhandlungen verhindert sei, hoffe, an den Verhandlungen des Freitags teilnehmen zu können.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten und zunächst Erklärungen vorgenommen. Dabei wurde als Nachfolger des stellvertretenden Vorstandsmitgliedes Friedrich Bauer (Schweiberg), der nach Bayern verzogen ist, Graf Oberdorff gewählt. Es folgt die Wahl der Abgeordneten und ihrer Stellvertreter zum Deutschen Landwirtschaftsrat für die nächsten drei Jahre.

Zugehört wurde den Anträgen des badischen Landesauschusses des katholischen deutschen Frauenbundes und des Landesverbandes landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine auf Bildung eines Ausschusses, der sich mit den Fragen beschäftigen soll, an denen die landwirtschaftlichen Hausfrauen erheblich interessiert sind.

Einen eingehenden

Bericht über die Tätigkeit der Kammer

im letzten Jahre erstattete der geschäftsführende Direktor Dr. von Engelberg. Im Vordergrund der brennenden Fragen stehe für die Landwirtschaft auf volkswirtschaftlichem Gebiete das Kreditproblem. Kredite seien zwar nicht das Allheilmittel für die Landwirtschaft, aber Tatsache sei, daß es heute fast keinen Landwirt gebe, der ohne Kredit arbeite. Wenn es gelinge, statt kurzfristigen zu langfristigen Wechselkrediten zu kommen, wäre sehr viel erreicht. Was das Notprogramm der Reichsregierung betreffe, so müsse man versuchen, von den darin vorgesehenen Krediten möglichst viel nach Baden zu bekommen. Um zutreffende Unterlagen über die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe Badens zu gewinnen, sei eine kleine Enquete in die Wege geleitet worden, die sich darauf erstrecken solle, welche Wege die badische Landwirtschaft versucht habe, um ohne Kreditaufnahme ihre Betriebe aufrecht zu erhalten, etwa durch Schließen von Waldbestand oder Veräußerung von Betriebsvermögen.

Der Redner bespricht sodann die Fragen der Belastung durch Steuern und soziale Abgaben und betont weiter, daß die deutsche Landwirtschaft ihre Produktion soweit wie möglich steigern, daß darunter aber die Qualität gelitten habe. Wenn jetzt eine Umstellung auf Qualitätsproduktion verlangt werde, so müsse man andererseits dem Landwirt auch die Möglichkeit verschaffen, die dazu erforderlichen Mittel aufzubringen. Der Frage der Viehwirtschaft sei in Baden großer Wert beigemessen, zumal Baden einer doppelten Vieheinfuhr ausgesetzt sei, der aus dem anstößenden Ausland und den Dumping durch die Zufuhr norddeutscher Schweine. Im weiteren behandelte der Redner in großen Zügen eine Reihe von Fragen, die der Landwirtschaft besonders am Herzen liegen, u. a. die Milchproduktion, ihre Steigerungsmöglichkeiten und Absatzmöglichkeiten (eine Frage übrigens, in der das Zusammenarbeiten von Kammer, Regierung und Bezugsvereinigungen sich sehr gut bewährt habe), die Versuchung, die Samenucht, das Laborschulungsinstitut (das sehr schöne Erfolge verspreche).

An den Jahresbericht schloß sich eine eingehende Ansprache an. Generaldirektor Dr. Kengstenheister, Freiburg (Bauernbund) betonte, daß im Volke noch nicht das richtige Verständnis für die Notlage der Landwirtschaft herrsche. Das Notprogramm bringe nicht viel Neues; eine vernünftige Wirtschaftspolitik in den letzten vier Jahren hätte viel mehr Nutzen schaffen können. Das Notprogramm solle wohl nur eine Anbahnung der Selbsthilfe darstellen. Außer der Selbsthilfe müsse aber noch Staatshilfe verlangt werden. — Gutsbesitzer Gebhard, Eppingen, erklärte, daß die Landwirtschaft dem Übergang mit Riesenschritten entgegengehe und zusammenbrechen werde, wenn keine Hilfe in wirtschaftspolitischer Hinsicht gebracht werde. — Bürgermeister Weishaupt, Rehrich, tritt für Extensivwirtschaft ein, angeht der fortschreitenden Verschuldung. — Es sprachen dann noch eine Reihe weiterer Redner.

Bei dem Punkt:

Prüfung der Rechnung für 1926/27

und Entlastung der Rechnungsführung gab es eine längere Debatte, nachdem der Berichtsführer Lehmann, Billingen, bemerkt hatte, daß bei einzelnen Betrieben erhebliche Verluste zu verzeichnen seien, und eine Erhöhung der Umlage notwendig werde. Namens des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes drückte Abg. Klüber seine Überraschung über die Verluste aus und lehnte die Erhöhung der Umlage ab. Mehrere Redner nahmen ebenfalls an den Verlusten Anstand und sprachen sich gegen eine Erhöhung der Umlage aus, waren vielmehr der Ansicht, daß eine Anzahl der nichtrentablen Betriebe (genannt wurden dabei der Lehrgesflügelhof Einach bei Gengenbach und das Weingut Schloß Eberstein) aufgegeben werden.

Schließlich wurde der Antrag auf Entlastung angenommen.

Zu Punkt 7: Änderungen der Gehalt- und der Geschäftsordnung der Badischen Landwirtschaftskammer, sowie der Beamten- und Besoldungsordnung und Besoldungsordnung erstattete Abg. Dr. Mattes Bericht. Die Vorlage sieht eine Gleichstellung der Bezüge der Beamten und Angestellten der Kammer mit den gleichen Kategorien der Reichs-, Landes- und Kommunalbeamten vor.

Abg. Klüber spricht scharf gegen die Besoldungsordnung und namentlich die Erhöhung der höheren Gehälter, und betont, daß der Beamtenapparat viel zu groß sei und endlich mit dem Abbau in der Badischen Landwirtschaftskammer begonnen werden müsse. Seine Fraktion lehne die Besoldungsordnung ab. — Freiherr v. Stözingen wendet sich als Vorsitzender der Sonderkommission gegen die Ausführungen Klübers, dessen Fraktion an der Höhe des Beamtenetats die Schuld trage, weil sie seimerzeit die Führung gehabt habe. Die Gesamtsumme der Erhöhung mache etwa rund 80 000 Reichsmark aus. Es seien aber zu viele Beamte vorhanden und man müsse viel zu hohen Gehälter. — Staatsrat Weishaupt ist erstaunt über die Ausführungen Klübers und bezeichnet den jetzigen Zustand als Folge der Politik der Partei Klübers. Diese wolle jetzt vor den Wahlen mit ihrem ablehnenden Antrag demagogische Politik betreiben. — Präsident Wachs betont, daß man hier vor einer gesetzlichen Zwangslage stehe. — Generaldirektor Dr. Kengstenheister findet die Debatte außerordentlich beauerlich. Die Beamten hätten einen rechtlichen Anspruch auf die Erhöhung, um die man nicht herumkomme. Er beantragt Schluß der Debatte und Verschließung der Abstimmung.

Der Antrag wird angenommen, und um halb 8 Uhr vertagt sich die Kammer auf Freitag vormittag halb 9 Uhr.

Die Erweiterung der Heidelberger Universität

Dr. Feilberg, 26. April. Hier hat gestern eine Besprechung aus den Kreisen der Universität und Architektenschaft stattgefunden, an der auch Unterrichtsminister Veers für die Regierung und Oberbürgermeister Dr. W a l z für die Stadtverwaltung teilnahmen. Der amerikanische Volkshausarchitekt Schurman war verhindert, der Einladung Folge zu leisten, hat sich aber von vornherein mit dem Ergebnis der Aussprache einverstanden erklärt. Es wurde nach dem „Heidelberger Tageblatt“ beschlossen, für den Neubau der Universität einen beschränkten Wettbewerb unter den deutschen Architekten zu veranstalten. Von einem allgemeinen Ausschreiben soll zwar Abstand genommen, dagegen eine bestimmte Anzahl hervorragender deutscher Architekten zum Wettbewerb vorgeschlagen werden. Es wurde ein aus 15 Mitgliedern bestehendes Preisgericht unter dem Vorsitz von Ministerialrat Dr. Schwoerer gewählt, dem Vertreter der Universität, der badischen Regierung, der Stadt Heidelberg, sowie der Architektenschaft angehören. Im großen und ganzen legte man in dieser Sitzung auch den Entwurf für den Bau von 5 Flügeln fest. Es handelt sich zunächst um einen Flügelbau in der Grabengasse.

Lohnbewegungen in Baden

Gehaltsbewegung in der Forchheimer Schmuckwarenindustrie. Der Schlichtungsausschuß Karlsruhe, Zweigstelle Forchheim, fällt einen Schiedsspruch, nach dem die Gehälter vom laufenden Monat an in der Gruppe 1 um 10 Prozent, in den Gruppen 2—3 um 8 Prozent, in Gruppe 4 um 7 Prozent erhöht werden sollen. Für diese Regelung ist eine einjährige Geltungsdauer vorgesehen. Aber Annahme oder Ablehnung dieses Schiedsspruches müssen die Parteien sich spätestens am 1. Mai äußern. Die Regelung soll auch für die Metallindustrie und für die mechanischen Werkstätten gelten.

Ende des Lohn- und Tarifstreits in den badischen Gärtnereibetrieben. In einer Verhandlung vor dem Landesrichter, Landrat Stehle, haben sich die Parteien über den Lohn- und Manteltarifvertrag auf der Grundlage des Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses Karlsruhe vom 10. April d. J. geeinigt. Der Streit ist damit beendet.

Aus der oberbadischen Metallindustrie. Der mit Ausnahme der Zulagerregelung für die Metallindustrie für die oberbadische Metallindustrie einstimmig gefällte Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Freiburg vom 24. April 1928 ist von beiden Parteien angenommen. Hiermit besteht für das oberbadische Gebiet wieder ein rechtsgültiger Lohn- und Manteltarifvertrag.

Aus den Parteien

Die Wirtschaftliche Vereinigung hat die Reichstagslandboten für den 32. Wahlkreis (Baden) aufgestellt. An der Spitze steht Landtagsabgeordneter von Au, an zweiter Stelle der Landtagsabgeordnete Klüber.

Aus der Landeshauptstadt

Ernennung. Der Reichsverkehrsminister hat zum Mitglied des Beirates für das Kraftfahrwesen beim Reichsverkehrsministerium Syndikus Friedrich Langenbein, Mannheim, ernannt.

Das Programm des Jahrmärktes für Jung und Alt wird dieses Jahr erstmalig in Sesselform erscheinen, um allen Ansprüchen gerecht zu werden. Den Clou der Saison bilden die Tanzturniere um die Badische und Karlsruher Meisterschaft, die auch im vergangenen Jahre großen Anhang gefunden haben. Aber das Programm und seine Einzelheiten sei heute nur fobiel gesagt, die ersten Karlsruher und auswärtigen Künstler und Künstlerinnen sind verpflichtet. An einem Abend wird das große Funkbrett mit den Schutzarten Künstlern auftreten. Für die Jugend gibt es wieder das beliebte Kinderkabarett am Nachmittag. Der Ruppenwagenwettbewerb wird die Kleinsten am „Start“ sehen. Im Garten kann sich die kleine Welt beim Kamel-, Fasel- und Konkreiten vergnügen. Das Ehrenpräsidium der gesamten Veranstaltung hat wieder in liebenswürdiger Weise Oberbürgermeister Dr. H inter übernommen, der auch die Eröffnung des „Jahrmärktes für Jung und Alt“ in Anwesenheit des Bad. Staatspräsidenten Dr. Remmele am kommenden Samstag vornehmen wird. Das groß angelegte Programm — die Reichhaltigkeit der einzelnen Darbietungen — mögen recht viele Karlsruher und Fremde zum Besuch veranlassen, denn es geht um das Wohl unserer Jugend.

Badisches Landestheater. Am Sonntag, den 29. April, findet im Konzerthaus ein einmaliges Gastspiel Konrad Drebers, des berühmten Charakterkomikers und Altmeister des Humors statt. Der ausgezeichnete Künstler wird mit eigenem Ensemble den Münchener Schwank „Der alte Feinschmecker“, von Ludwig Thoma, zur Aufführung bringen und darin die Titelrolle spielen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Der Wislaha-Wirbel hat sich seit gestern noch vertieft. Sein Kern liegt heute über der Bretagne. Eine wesentliche Verschlechterung unserer Witterung ist jedoch zunächst nicht zu erwarten, da der Wirbel voraussichtlich nicht weiter nach Osten auf das Festland übergreifen wird. Wetterausichten für Samstag: Fortdauernd trocken, zeitweise heiter und tagsüber warm bei südlichen Winden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	27. April		26. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.38	168.72	168.22	168.56
Kopenhagen 100 Kr.	112.02	112.24	111.97	112.19
Italien . . . 100 L.	22.025	22.065	22.01	22.05
London . . . 1 Pf.	20.381	20.421	20.377	20.417
New York . . . 1 D.	4.1770	4.1850	4.1765	4.1845
Paris . . . 100 Fr.	16.43	16.47	16.43	16.48
Schweiz . . . 100 Fr.	80.49	80.65	80.47	80.63
Wien 100 Schilling	58.755	58.895	58.76	58.88
Prag . . . 100 Kr.	12.373	12.393	12.375	12.395

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 25. April 1928 beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 11 d. bzw. für ein Gramm Feingold 32,7616 pence.

Verschiedenes

Die Erdhöhe in Korinth

bauern an. Die Stadt wird an der alten Stelle nach einem besonderen Erdbebenschutzsystem wieder aufgebaut werden.

Überschwemmungen in Brasilien

W. B. Santos, 27. April (Tel.). Nach dem schrecklichen Bergungslid, bei dem 92 Menschen ums Leben kamen, ist die Stadt nunmehr von einem neuen Unglück betroffen worden, und zwar sind mehrere Bezirke durch Überschwemmungen, die eine Höhe von 5 Fuß erreichten, von der Umwelt abgeschnitten worden.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die Ausgabe von Schulverschreibungen auf den Inhaber durch die Stadtgemeinde Neustadt i. Schw.

Der Stadtgemeinde Neustadt i. Schw. ist durch Entschließung vom heutigen im Einvernehmen mit den Ministerien der Finanzen und der Justiz die Genehmigung erteilt worden, zu den auf Grund des Anleiheablosungsgesetzes vom 16. Juli 1925 auszugebenden Schulverschreibungen auf den Inhaber im Nennwert von 5150 RM zur Ablösung der Markt-anleihen alten Bestandes der Stadtgemeinde Neustadt i. Schw. Auslosungsscheine auf den Inhaber über die Auslosung im siebenfachen Betrag des Nennbetrages auszugeben.

Karlsruhe, den 26. April 1928.

Der Minister des Innern

J. B. Höhrnbach

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhestellungen usw. der planmäßigen Beamten

übernommen:

Gendarmereioberwachmeister Lukas Lang in Dos als Kriminalsekretär zur Polizeidirektion Baden.

gestorben:

Wilhelm Jhrig, Stadtschulrat beim Stadtschulamt Mannheim.
Direktor Emil Burger, zuletzt in Konstanz (Mädchen-Oberrealschule).



Geschäftliches

Wir helfen Ihren Füßen. Unter dieser Devise hat sich die Firma Reformhaus O. Hanisch, Karlsruhe, Kaiserstr. 82, entschlossen, in ihren Geschäftsräumen ein Supinatorium zu eröffnen, um allen denen, die an müden und schmerzenden Füßen leiden und deren Versuche mit sogenannten Plattfüßeinlagen erfolglos blieben, wirklich und nachhaltig zu helfen. Kostenlos und für jedermann unverbindlich werden durch eine Supinator-Schwester die überlasteten und geschwächten Stellen der Füße im Ray-Fußspiegelapparat festgestellt, Auskünst erteilt, und die geeigneten Supinator-Fußmittel verschickungsweise, auch nach ärztlicher Vorchrift, angewandt. (Siehe Anzeige.)

Wohltätigkeitsfest in der städtischen Ausstellungshalle Karlsruhe vom 28. April bis 6. Mai 1928

„Jahrmärkte für Jung und Alt“

zugunsten des Karlsruher Kindersolbades in Donaueschingen, veranstaltet vom Verein Jugendhilfe e. V.
Tanzturniere, Kabarett, Spielsaal, Bar, japanische Teestube, arabisches Kaffee, Kinderspiele, Karussells, Rutschbahn, Kaspertheater, Puppenwagen-Wettbewerb, Warenverlosung und vieles andere.

Geöffnet täglich von 3 Uhr nachm. bis 1 Uhr nachts. Eintrittspreise: Erwachsene 50 Rpf., Kinder 30 Rpf. Jeder Besucher erhält ein Geschenk.

Ultimo-Sonder-Angebot



Complet
Kleid
und
Mantel
(g. gefüttert)
c. woll. Ripa
mk. 58.-

Complet
Kleid
und
Mantel
(g. gefüttert) r. woll.
Ripa mit schöner
Metallgarnierung
mk. 69.-

Complet
Kleid
und
Mantel
(g. gefüttert) r. woll.
Kassa mit pelz-
besetztem Kragen
mk. 75.-

2/6
Anzahlung

8
Monatsraten

In unübertrefflicher Auswahl und äußerst preiswert finden Sie bei uns:

**Herren-, Damen-, Jugend-
Sport-Bekleidung**
Herren-Maß-Abteilung

Wäsche aller Art, Herren-Modartikel, Oberhemden usw., Teppiche, Gardinen, Steppdecken usw.
Beamte, Festangestellte und alte Kunden ohne Anzahlung

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft m. b. H.
Karlsruhe
Kronenstr. 40

N. G. Wolfach. In dem
Konkursverfahren über das
Vermögen d. Hermann Geis,
Cheffrau Elise geb. Neef in
Wolfach wurde das Ver-
fahren nach abgehaltenem
Schlichtertermin aufgehoben.
Wolfach, 26. April 1928.
Amtsgericht.

Strassenpflasterung.

Nach der Verordnung des
Finanzministeriums vom
20. Januar 1928. Verbin-
dungsverordnung für Bau-
leistungen (W. D. B.) sind
durch öffentliche Verbin-
dung zu vergeben:

In 4 Losen die Anlage
der Pflasterfundamente
und die Herstellung von
8200 qm Kleinpflaster nebst
Versehen der Stellsteine bei
Singheim.

Die Angebote mit Benützung
der vorgeschriebenen Vor-
drucke, die beim Bauamt

gegen Barvergütung von
50 % erhältlich sind, wol-
len postfrei und mit Auf-
schrift „Angebot auf Stras-
senpflasterung“ versehen
bis spätestens Donnerstag,
den 10. Mai l. J., vormit-
tags 9 Uhr, an das Bau-
amt, bei dem Pläne und

Bedingungen auf Zimmer
Nr. 7 während der Dienst-
stunden zur Einsicht auf-
liegen, eingereicht werden.
Nach auswärts werden
Pläne usw. nicht abgegeben.
Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Karlsruhe, 26. April 28.
Wasser u. Straßenbauamt.

Bekanntmachung.

Die Verlosung der Til-
gungsquote des 8%igen
1925er Anlehens mit
5 000 RM für das Jahr
1928 unterbleibt, da der
Betrag freihändig zurück-
gekauft wurde. 528
Mannheim, 26. April 1928.

Der Synagogenrat.



Badisches Landestheater

Samstag, 28. April
*G 24. Th.-Gem. 1351-1400
und 3. S.-Gr. (1. Hälfte)
Neu einstudiert

Cyrano von Bergerac

von Hofstad
In Szene gesetzt von
Felix Baumgard

Cyrano
Reubillette
Guido
Walbert
Madeleine
Dienna
Ragueneau
Lise
Le Bret
Carbon
Liquière
Guigh
Driffaille
Montfleury
Jobelet
Marguerite
Marthe
Claire

Dahlen
Leitgeb
Schulze
Moeble
Mietens
Pieglar
Wüller
Wiler
v. d. Trend
Gertz
Brand
Gemmede
Brüder
Höcker
Rehner
Frauenborfer
Wibbel
Silber
Rehner
Kühne
Schneider
Osthold
Schmidt-Neßler
Weidner

Kadetten

Musikier Graf

Erster Marquis Schellenberger
Zweiter Marquis Schmidt-Neßler
Kapuziner Höcker
Müßeldame Genter
Portier Rienschel
Bürger Schneider
Sohn Reinald
Rienschel

Poeten

Oymar
Reinath
Wiedels

Taschendieb

Oymar
Wibbel

Pagen

Silber
Schneider
Reher

Schauspieler

Kras
Kong
Lauten-
schlä-
ger

Schauspielerinnen

Schmidt
Lindemann
Kilian
Kleinbus
Frohmann
Sauer
Osthold
Weidner

Köche

Anfang 1911, Ende geg. 221/
I. Rang und I. Sperfrüh 528

So., 29. April: Tristan und Isolde.

Im Konzerthaus:
Einmaliges Gastspiel
Konrad Dreher: Der alte
Feinschmecker. No. 30. April:
Das vierte Gebot.

COLOSSEUM
Ab 16.-30. April
Sensations-
Gastspiel
Piletto
Rastelli II
der unerreichte
deutsche
Meisterjongleur
mit dem internat.
Variété-Programm

Badische Lichtspiele

KONZERTHAUS

Ab Freitag, 27. April, bis Donnerstag, 3. Mai,
jeweils 20.15 Uhr, Samstag und Mittwoch auch
16 Uhr, Sonntag nur 16 Uhr
1. Mai keine Vorstellung
Zwei Erstaufführungen

SAMBA

Der Held des Urwalds

Der erste Spielfilm mit nur afrikanischen Negeren
in Senegambien aufgenommen
Herrliche Landschaftsbilder

Außerdem:
Aus dem Reich des Königs der Könige
von Äthiopien
Abessinien
Musikbegleitung: Polizeikapelle

Kartenvorverkauf: Musikhaus Fritz Müller,
Kaiserstraße, und Büro Beiertheimer Allee 10
Preise und Ermäßigungen wie üblich 535

Badisches Landestheater

Spielplan vom 29. April bis 8. Mai 1928

a) Im Landestheater:
Sonntag, 29. April. * B 23. Th.-Gem. 1001-1100. Tristan
und Isolde. Von R. Wagner. 18 bis n. 22 1/2 (8 M).
Montag, 30. April. Volksbühne 8. Das vierte Gebot. Volks-
stück von August Strindberg. Plätze aller Preiskategorien sind
für den allgemeinen Verkauf freigegeben. 19 1/2 bis 22
(5 M).
Dienstag, 1. Mai. Geschlossene Vorstellung.
Mittwoch, 2. Mai. * C 24. Th.-Gem. 101-200. Der Rosen-
kavalier. Komödie für Musik von Richard Strauss. 19 1/2
bis 23 (7 M).
Donnerstag, 3. Mai. * D 26 (Donnerstagsmiete). Th.-Gem.
1401-1550. Seitenprünge. Vier Einakter von Kurt Goetz.
19 1/2 bis 22 (5 M).
Freitag, 4. Mai. 9. Vorstellung der Schülermiete: Die Kron-
prinzen. Historisches Schauspiel von Ibsen. Plätze vom
II. Rang an sind für den allgemeinen Verkauf freigegeben.
18 1/2 bis 22 (5 M).
Samstag, 5. Mai. * B 24. Th.-Gem. 201-300 und 3. S.-Gr.
(2. Hälfte). Cyrano von Bergerac. Romantische Komödie von
Hofstad. 19 1/2 bis 22 1/2 (5 M).
Sonntag, 6. Mai. 9. Vorstellung der Sondermiete für Aus-
wärtige: Boris Godunow. Musikalisches Volksdrama von
Mussorgsky. 15 bis 17 1/2 (4 M).
Abends: * E 25. Th.-Gem. 1. S.-Gr. Der Vogelwandler.
Operette von Zeller. 19 1/2 bis 22 1/2 (8 M).
Montag, 7. Mai. Th.-Gem. 2. S.-Gr. 10. (letzte) Sinfonie-
konzert. Leitung: Josef Krüps. Solistin: Hilfi Kraus. 20 bis
22 (4 M).
Dienstag, 8. Mai. * G 25. Th.-Gem. 1-100. Regina del Lago.
Ein traumhaftes Spiel von Julius Weismann. 20 bis nach
22 (7 M).

b) Im Stadt. Konzerthaus:
Sonntag, 29. April. * Einmaliges Gastspiel Konrad Dreher
mit seinem Ensemble: Der alte Feinschmecker. Ein Münch-
ner Schwank von Ludwig Thoma. 19 1/2 bis 22 (4,10 M).
Sonntag, 6. Mai. * Unter Geschäftsaufsicht. Schwank von Ar-
nold und Bach. 19 1/2 bis 22 (4,10 M).

Vorankündigung.
Mittwoch, 9. Mai. Zum ersten Male: Cassandra. Oper von
Guccini.
Freitag, 11. Mai. Zum ersten Male: Othobert. Schauspiel
von Georg Kaiser.
Die Waikate für Bladmiete möge vom 1. Mai bis 6. Mai
an der Vorverkaufsstelle einbezahlt werden. Ab 7. Mai erfolgt
Hauszugang.
Umtausch für Inhaber von Bladmieten Samstag nachmit-
tags 15 1/2 bis 17 Uhr. Allgemeiner Vorverkauf und weiterer
Umtausch ab Montag vormittags. — Kartenvorverkauf: Vor-
verkaufsstelle des Badischen Landestheaters, Tel. 6288. In der
Stadt: Musikalienhandlung Fritz Müller, Ede Kaiser-
und Waldstraße, Tel. 388, und Auskunftsstelle des Verkehrsver-
eins, Kaiserstr. 159 (Eingang Ritterstraße), Tel. 1420. — Zi-
garrenhandlung Fr. Brunnert, Kaiserallee 29, Tel. 4351, und
Kaufmann Karl Holzschuh, Werderplatz 48, Tel. 503.

Das
gute Bild
die geschmackvolle Photo- und Bilder-
Einrahmung
finden Sie in größt. Auswahl im Spezialgeschäft
E. BÜCHLE W. BERTSCH
Kaiserstr. 132 — Gartensaal Padewet-Geigenhaus 41

TAPETEN

des Jahrgangs 1927 verkaufe ich
zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen
fast wie 5.51
Restbestände die ich zum halben Preis abgebe

E. Beck

Kaiserstr. 156
gegenüber der Hauptpost
Fernsprecher 3062

Ratten, Mäuse, Käfer, Wanzen usw.

vertilgt radikal
Garantie und billige
Berechnung
Fr. Höllstern, Karlsruhe
Herrenstr. 5, Zähringerstr. 70H und Nutstr. 10 :: Telefon 5791

Küppersbusch-Herde

für Gas, Kohle, Komb.
Junker & Ruh- Gasherde, Ofen
Immerbrand Grudeherde und Ofen
Vertretung und Lager Amalienstraße 7

Karl Fr. Alex. Müller

Telephon 1284 — Gegründet 1890
479 Günstige Zahlungsbedingungen
Eigene Reparaturwerkstätte. Fachgem. Aufstellen
Ratenkaufabkommen der Badischen Beamtenbank

Möbel

Schlafzimmer
Wohnzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Küchen und
einzelne Möbel
finden Sie in reicher Auswahl sehr preiswert bei
Karl Thome & Co., Herrenstr. 23
gegenüber der Reichsbank. 532
Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung.
Dem Ratenkaufabkommen der Bad. Beamtenbank angeschlossen.

Möbel

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
einzelne Möbelstücke
in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus
Maier Weinheimer
Karlsruhe Zahlungsvereinfachung. Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise